



Sozialdemokratische Partei  
Pratteln-Augst-Giebenach

**Abstimmung  
vom 14. Juni 2026**

## **Kommunale Wahlen für das Gemeindepräsidium Pratteln**

Die SP empfiehlt, **Rahel Graf Bianchi** als Gemeindepräsidentin zu wählen.

## **EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG**

### **NEIN Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»**

Die extreme SVP-Chaos-Initiative erzwingt die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU - und zwar bereits, wenn die Schweiz um bloss noch 4 Prozent wächst. Dabei ist die Schweiz gerade in einer Welt mit Trump mehr denn je auf stabile Beziehungen zu Europa angewiesen. Gleichzeitig ist die Initiative ein Angriff auf die Kaufkraft der Bevölkerung: Export-KMUs gehen kaputt, Arbeitsplätze werden vernichtet und weil ohne Bilaterale auch der Lohnschutz wegfällt, sinken Löhne und Renten. Die 1,5 Millionen EU-Bürger:innen, die hier leben, werden zu Menschen zweiter Klasse. Sie müssten jederzeit damit rechnen, dass ihre Kinder oder Ehepartner:innen ausgewiesen werden. Stattdessen brauchen wir Respekt für unsere Arbeitskolleg:innen, Freunde und Nachbarn. Nur gemeinsam halten wir unser Land am Laufen – in der Pflege, auf dem Bau, in Restaurants.

### **NEIN Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)**

Zivildienstleistende sind dort im Einsatz, wo schon heute Personal fehlt: in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, sozialen Organisationen und Schulen – aber auch in der Landwirtschaft und beim Naturschutz. Die geplanten Verschärfungen schwächen dieses Engagement massiv. Sie führen dazu, dass weniger junge Menschen Zivildienst leisten können – obwohl ihr Einsatz für das gesellschaftliche Zusammenleben dringend gebraucht wird. Gemeinsam können wir das verhindern.

Darum empfiehlt die SP, diese Gesetzesänderung abzulehnen.



Sozialdemokratische Partei  
Pratteln-Augst-Giebenach

**Abstimmung  
vom 14. Juni 2026**

## **KANTONALE ABSTIMMUNGEN**

### **JA Formulierte Verfassungsinitiative «Für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)»**

Die SP Baselland steht voll und ganz hinter dem Anliegen der Initiative und ist überzeugt: Gute Beziehungen zur Europäischen Union haben für den Kanton Baselland zahlreiche Vorteile sowohl für den regionalen Arbeitsmarkt wie auch für den allgemeinen Lebensraum am Oberrhein. Bereits im August hat die SP an ihrer Delegiertenversammlung einstimmig die **Ja**-Parole gefasst.

Auch eine Mehrheit des Landrates hat der Initiative zugestimmt.

### **NEIN Formulierte Gesetzesinitiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung» (**

In Wirklichkeit will die Initiative den Landratsbeschluss rückgängig machen, der ab 2026 den Ersatz fossiler Heizungen verbietet. Wer Ja sagt, erlaubt weiterhin neue Öl- und Gasheizungen – und zementiert die Abhängigkeit von fossilen Energien auf Jahrzehnte.

Seit über fünfzig Jahren wissen wir, dass der Ausstoss von CO<sub>2</sub> das Klima gefährlich aufheizt. Gletscher schmelzen, Sommer werden trockener, Wetterextreme nehmen zu. Und trotzdem werden im Baselbiet weiterhin neue Öl- und Gasheizungen installiert – obwohl längst kostengünstige, effiziente und klimafreundliche Alternativen wie Wärmepumpen oder Holzheizungen verfügbar sind.

**Nein** zu einer Politik, die noch immer am Öltank und einer Energieabhängigkeit hängt.

### **JA Neue Ortsdurchfahrt Birsfelden, Umgestaltung der Haupt- und Rheinfelderstrasse, Ausgabenbewilligung für die Realisierung**

Die Strasse und die Tramgleise in der Haupt- und Rheinfelderstrasse in Birsfelden sind veraltet und müssen saniert werden.

Gleichzeitig soll diese Chance genutzt, den Strassenraum zu modernisieren, sicherer zu machen und barrierefrei auszubauen.

Dazu hat der Kanton Basel-Landschaft, dem die Strassen gehören, das Projekt Neue Ortsdurchfahrt Birsfelden (NOB) lanciert.

## **Ersatzwahl in den Regierungsrat**

Die SP empfiehlt, **Philipp Schoch** in den Regierungsrat zu wählen.